

INTERVIEW

Wilfriede Monogioudis war als KPÖ-Stadträtin für die Wirtschaftsbetriebe zuständig.



Konjunkturpaket statt Aushungern der Gemeinden!

Was bedeutet das Sparpaket von ÖVP und Grünen für Graz?

Wilfriede Monogioudis: Das Paket ist problematisch. Man wird weiter nach Sparmöglichkeiten suchen müssen und in der Folge Teilbereiche der kommunalen Leistungen privatisieren. Die nun geplanten Ausgliederungen sind dafür eine Vorstufe.

Welche Alternativen gibt es?

Wilfriede Monogioudis: Einsparungen in der kolportierten Höhe von 60 Millionen Euro sind unrealistisch, selbst wenn es zu Verschlechterungen für die Grazerinnen und Grazer und die Magistratsbediensteten kommen sollte. Am wichtigsten wäre, dass die Stadtpolitik Widerstand leistet gegen das Aushungern der Gemeinden. Gerade jetzt in der Krise bräuchten wir ein vom Bund finanziertes Konjunkturpaket für Gemeinden. Auch um Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

SPAREN?

Schwarz/Grün setzt einen neuen **Oberaufseher für das Magistratspersonal** ein. Er soll den Personalkahlschlag vollziehen, gegen Top-Bezahlung, versteht sich. Darüber hinaus sollen über 100.000 Euro für Studien zu den geplanten Ausgliederungen verpulvert werden.

Anscheinend hat man bei schwarz/grün eine wählerische Spargesinnung, die vor allem die Mehrheit der Beschäftigten und ihre Familien betrifft.

NAGLS LISTE

Das plant die schwarz/grüne Stadtregierung:

- **Jährlich sollen 60 Mio. Euro** eingespart werden.
- **30 Mio. Euro** sollen durch *Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen* aufgebracht werden.
- **15 Mio. Euro** jährlich erwartet man sich von *massiven Einsparungen beim Personal*. Die *Beschäftigtenzahl* will man um 10% kürzen, *Personal* auslagern.
- **15 Mio.** sollen bei den *Beteiligungen der Stadt* eingespart werden.
- **Auslagerung** von *Kanal und Wirtschaftsbetrieben* sowie *städtischer IT und Fahrzeug-Werkstätten* in die *Graz AG*.
- **Liegenschaftsverwaltung**, *Liegenschafts-Werkstätten* und *Hausverwaltung* (vorerst ohne *Wohnen*) sollen ebenfalls *ausgelagert* werden.
- **weniger** Kontrolle durch den *Gemeinderat*
- **Schließung** von *Bezirksämtern*. Ersatz durch *einige wenige Bezirksservice-Center*.



KAPUTTGESPART: SCHWARZ/GRÜN GEHT ES NICHT UM

Belastungspaket

Hinter dem bedrohlichen Spruch „Graz neu ordnen“ stecken beinharte Leistungskürzungen, Auslagerungen und Personaleinsparungen. Eine teure PR-Kampagne wirbt für den Abbau von öffentlichem Eigentum unter Schwarz/Grün.

Seitenweise Zeitungsanzeigen, viel Medienrummel, eine Pressekonferenz im Kunsthaus, eine Veranstaltung für Amtsleiter und Personalvertretung in der Stadthalle – das alles leistete sich das Duo Nagl/Rücker, um mit Hilfe einer teuren Werbefirma die Operation „Ausgliederung“ zu vermarkten. Während hier Steuergeld mit beiden Händen hinausgeworfen wird, ist für Beschäftigte und Bevölkerung bald kein Geld mehr da.

„Schlank“ durch Aushungern

Was Nagl/Rücker unter dem Begriff „straffere Strukturen“ verkaufen wollen, bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als massiven Personalabbau und empfindliche Leistungseinschränkungen für alle Grazerinnen und Grazer. Die Doppelmoral dieser Ankündigung: Während man mindestens 10% der Beschäftigten mitsamt ihren Familien eine unsichere Zukunft beschert, bewirbt man diese Aktion auch noch mit

einer teuren, aus Steuermitteln bezahlten, schwarz-grün gestylten Werbekampagne. „Haus Graz“ klingt halt einfach besser als Sozial- und Leistungsabbau.“

Höhere Gebühren – weniger Leistungen

30 Millionen Euro will man durch *Gebührenerhöhungen* und *Leistungskürzungen* aus den *Bürger/innen* der Stadt herausquetschen.

Kanal, Abfall, Straßen- und Grünlageninstandhaltung und Reinigung sowie *Fahrzeug-Werkstätten* will die ÖVP in die *Graz AG* auslagern. Dadurch werden sie der demokratischen Kontrolle durch den *Gemeinderat* entzogen. Entscheidung